



# Tagesbericht

15. Oktober 1953

Informationsdienst Nr. 1094 zur Beurteilung der Situation

## Quelle

BStU, MfS, AS 39/58, Bd. 2, Bl. 136–145 (2. Expl.).

## Serie

Informationsdienst.

## Verteiler

Kein Nachweis einer externen oder internen Verteilung.

## Vermerke

Zahlreiche vertikale Randmarkierungen (hier nicht im Einzelnen dokumentiert).

## Bemerkungen

Gedrucktes standardisiertes Deckblatt mit Inhaltsverzeichnis (nur 1. Gliederungsebene mit 6 Punkten).

## Anlage

Westdeutsche Stellungnahmen zum »Neuen Kurs« und zu den Moskauer Verhandlungen der DDR-Regierung.

## **Die Lage in Industrie, Verkehr, Handel und Landwirtschaft**

### **a) Industrie und Verkehr**

Allgemein wird von den Feierstunden zum Tag der Aktivisten<sup>1</sup> aus den Betrieben eine positive Stimmung berichtet. So z. B. beteiligten sich im VEB Großkokerie Lauchhammer an der Feierstunde 700 Arbeiter. Ausgezeichnet wurden 42 Aktivisten und drei Kollegen für ausgezeichnete Leistungen. In dieser Feierstunde war eine positive Stimmung zu verzeichnen, was auch von Journalisten aus den Volksdemokratien Polen, ČSR, Ungarn und Rumänien, die anwesend waren, zum Ausdruck gebracht wurde.

Im Synthesewerk Schwarzheide/Cottbus wurden 85 Aktivisten und 14 für ausgezeichnete Leistungen geehrt. Höhepunkt der Feierstunde war die Auszeichnung eines Kollegen als »Verdienter Aktivist« durch einen Vertreter des Staatssekretariats Chemie. Allgemein wurde begrüßt, dass in diesem Jahr mehr Arbeiter als Angestellte ausgezeichnet wurden.

Als einziges negatives Beispiel wurde bisher bekannt, dass bei der Feierstunde zur Auszeichnung der Aktivisten im Fortschritt-Schacht I des Mansfeld-Kombinats ein Teil der Kumpel den Saal verließen, als Genosse Ziller<sup>2</sup> vom ZK der SED auf Wettbewerbe und Steigerung der Arbeitsproduktivität zu sprechen kam.

Verärgerung äußern teilweise Arbeiter, da die von ihnen gemachten Vorschläge einfach gestrichen wurden. Dabei wird aber nicht berücksichtigt, dass viel mehr Vorschläge gemacht wurden als zur Auszeichnung vorgesehen waren. So sind z. B. die Arbeiter vom Zentralmagazin des »Karl-Liebknecht-Werkes« Buckau/Magdeburg missgestimmt, da von ihnen Vorschläge eingereicht, aber nicht ein einziger ausgezeichnet wurde. Es wird geäußert: »Entweder sind wir alle zu dumm, um Aktivist zu werden, oder man hat unsere Vorschläge nicht bearbeitet.« Im Fliesenwerk Boizenburg/Schwerin sind die Arbeiter nicht einverstanden, dass von der BGL die von ihnen gemachten Vorschläge einfach gestrichen wurden.

Aus dem Bezirk Halle wird berichtet, dass teilweise in den Betrieben zum Ausdruck gebracht wird, dass man nicht Prämien verteilen sollte, sondern lieber die Lohntarife erhöhen.

Im Reifenwerk Fürstenwalde/Frankfurt wird die Prämierung eines Ingenieurs mit 9 000 DM als nicht richtig empfunden, da nach Ansicht der Arbeiter ein Ingenieur schon ein hohes Gehalt hat, für jeden Arbeitsprozess, den sie neu entwickeln, aber noch unheimliche Gelder erhalten [sic!].

Am Wettbewerb der Wismut AG zu Ehren des 4. Gründungstages der DDR beteiligten sich 90 % der Belegschaft. Die Auswertung zeigt folgendes Ergebnis in der Planerfüllung: Das beste Objekt: Johannegeorgenstadt 110,8 %, das beste Übertageobjekt: Crossen bei Zwickau 109 %, bester Schacht: Schacht 336 Objekt Breitenbrunn 167,2 %, beste Übertageabteilung: Oberschlema 106,4 %, beste Untertagebrigade: im August 210,2 %, September 168 %, beste Übertagebrigade: im August 258,4 %, September 226,2 %. Insgesamt wurden 4 791 Einzelverpflichtungen übernommen, wovon bereits 1 281 erfüllt sind.

7 171 Stoßschichten wurden gefahren mit einem Durchschnittsergebnis von 160 %. 28 Brigaden erhöhten ihre Normen bis zu 20 %.

Ausgezeichnet wurden insgesamt 6 000 Kumpel als Aktivisten, 53 als »Verdiente Aktivisten«, acht Kumpel als »Held der Arbeit« und 16 Brigaden erhielten die Auszeichnung »Brigade der besten Qualität«. Dafür wurden von der Generaldirektion der Wismut AG 500 000 DM zur Verfügung gestellt.

Im VEB Bau Schwerin ist die Belieferung mit Baustoffen zurzeit völlig ungenügend, da es an dem notwendigen Transportraum fehlt. Baustellen in Schwerin müssen in drei bis vier Tagen stillgelegt werden, wenn Kalk, Steine, Holz und Eisen nicht geliefert werden. Ähnlich wird aus dem Bezirk Karl-Marx-Stadt berichtet, wo ebenfalls der Wohnungsbau eingestellt werden muss, wenn kein Material geliefert wird.

Durch erhöhte Produktionsauflagen bestehen im VEB RFT-Sternradio Sonneberg Materialschwierigkeiten. Es mangelt vor allem an Kondensatoren, Widerständen und Gehäusen. Die Ursache ist, dass die Kapazität der liefernden Betriebe nicht ausreichend ist. Materialschwierigkeiten werden auch aus dem VEB Audi und Horch in Zwickau berichtet.

Negative Diskussionen über mangelnde Belieferung mit Arbeitsbekleidung werden aus dem Bezirk Dresden berichtet. So sagt z. B. ein Arbeiter aus dem VEB LOWA Waggonbau Görlitz: »Siehst du, das ist der neue Kurs der Regierung. Mit solch einem zerrissenen Arbeitsanzug muss man herumlaufen.« Ähnliche Diskussionen werden aus den Bezirken Dresden und Leipzig über die durchgeführten Stromabschaltungen bekannt.

Aus dem Bezirk Magdeburg wird berichtet, dass in den Betrieben eine große Unzufriedenheit über den Winterfahrplan der Reichsbahn zu verzeichnen ist, wodurch die Arbeiter 1 bis 1½ Stunden vor Arbeitsbeginn bereits an ihrer Arbeitsstelle sind. Wenn sie aber einen anderen Zug benutzen wollen, sie wiederum 1 bis 1½ Stunden später zur Arbeit kommen.

## **b) Handel und Versorgung**

Mängel in der Versorgung mit Kartoffeln werden aus den Bezirken Karl-Marx-Stadt, Halle und Magdeburg gemeldet. Der Bezirk Magdeburg hatte bis zum 6.10.1953 29,4 % und Karl-Marx-Stadt 24,3 % der zu liefernden Kartoffeln erhalten. Eine gute Organisation bei der Belieferung von Kartoffeln an die Verbraucher hatte die HO Wismut Annaberg. Demgegenüber war im Konsum Annaberg das Gegenteil der Fall.

In den Gemeinden des Bezirkes Frankfurt/Oder sind Lebensmittel nur unzureichend vorhanden. So war in der Gemeinde Werder oft kein Brot vorhanden. Im Bezirk Gera fehlt in einigen Gemeinden seit zehn Tagen HO-Margarine im Handel.

In HO-Kreisbetrieben des Bezirkes Leipzig lagern Überplanbestände an Stoffen und Industriewaren in einer Gesamthöhe von vier Mio. DM. Durch die HO wurde festgestellt, dass diese Artikel in anderen Bezirken (Rostock und Neubrandenburg) stark gefragt sind.

Die Bekleidungsindustrie Berlin »Fortschritt« produziert zurzeit Stoffe von schlechter Qualität. Diese Stoffe finden keinen Absatz und die Produktion wird auf Lager genommen. Zu diesem Zweck mietet man zusätzlich Baracken, da die eigenen Lagerräume bereits überfüllt sind.

## **c) Landwirtschaft**

Politische Fragen werden unter der Landbevölkerung wenig diskutiert.

Verschiedentlich wird von Großbauern versucht, die Abgabe des Getreidesolls soweit wie möglich hinauszuschieben. Dazu äußerte ein Altbauer aus Luckow/Neubrandenburg einem Erfasser gegenüber: »Meine Sollerfüllung hat noch bis Dezember Zeit. Die Regierung hat darauf hingewiesen, dass es eine Beschlagnahme nicht mehr gibt. Wenn es euch Erfassern nicht passt, dann könnt ihr mich doch einsperren lassen.«

In einigen Fällen treten Mängel beim Einsatz von freiwilligen Erntehelfern auf (Bezirk Frankfurt und Gera). So kommt es oft vor, dass Erntehelfer gemeldet sind und dann zum Einsatz niemand erscheint. Im Bezirk Gera mussten landwirtschaftliche Maschinen an den Bezirk Neubrandenburg abgegeben werden, da diese nicht ausgelastet waren, obwohl man bei genügender Organisation von freiwilligen Helfern im eigenen Bezirk genügend Arbeit gehabt hätte. Im Kreis Angermünde/Frankfurt sind 500 Ztr. Kartoffeln, die als Saatkartoffeln gedacht waren, erfroren. Grund: schlechte Arbeitsorganisation.

Bei mehreren MTS des Bezirkes Leipzig tritt Verärgerung über schlechte Qualität landwirtschaftlicher Maschinen auf, da diese nach kurzer Zeit bereits wieder reparaturbedürftig sind. Dabei zeigt sich gleichzeitig ein Mangel an Ersatzteilen, so z. B. [bei den] Schleuderrodern 641 E, welche oftmals nach einem halben ha ausfallen.

Unzufriedenheit rufen in den Bezirken Karl-Marx-Stadt und Leipzig die Stromabschaltungen hervor. Dabei bringt man zum Ausdruck, dass diese Abschaltungen meist in der Hauptarbeitszeit erfolgen. Auf der einen Seite würde von Brandschutzverordnung gesprochen und auf der anderen sei man gezwungen, mit offenem Licht in Stall und Scheune zu gehen.

Im Kreis Torgau/Leipzig wird über die Wildschweinplage Klage geführt. Kürzlich musste ein halber ha Saatfläche umgepflügt werden, da er von Wildschweinen zerwühlt war. Bereits vor einem halben Jahr hatte man versprochen, ein Jagdkommando zu schicken, was jedoch bis heute noch nicht geschehen ist.

## **Stimmung der übrigen Bevölkerung**

Bei politischen Fragen ist weiterhin bei der übrigen Bevölkerung eine Zurückhaltung festzustellen. Bekannte Stellungnahmen aus dem Bezirk Frankfurt/Oder über die Wiederwahl des Genossen Wilhelm Pieck als Staatspräsident<sup>3</sup> sind in der Mehrzahl positiv.

Im Bezirk Leipzig bringen einige Mitglieder der CDU zum Ausdruck, dass sie mit der »Bevormundung der SED« nicht einverstanden sind. Dadurch habe die CDU bereits 15 % Mitglieder verloren und man würde sie bereits als eine Untergruppe der SED betrachten.

Im Kreis Lobenstein/Gera wird erzählt, der Vorsitzende der NDPD Dr. Bolz sei kein deutscher Staatsbürger und außerdem wäre er Mitglied des ZK der SED.<sup>4</sup> Die Verbreitung dieses Gerüchtes wurde dadurch noch verstärkt, als im »Neuen Deutschland«, anlässlich des 4. Gründungstages der DDR, Genosse Molotow in seinem Glückwunschsreiben an Dr. Bolz diesen mit Genossen bezeichnete.<sup>5</sup>

Negative Diskussionen über Stromabschaltungen werden in den Bezirken Suhl, Karl-Marx-Stadt, Leipzig und Schwerin geführt.

Unzufriedenheit über zu hohe Preise in der HO werden aus den Bezirken Frankfurt, Leipzig und Karl-Marx-Stadt gemeldet. Teilweise hofft man auf eine baldige Preissenkung und wartet mit dem Einkauf größerer Wertgegenstände. So äußerte sich eine Hausfrau aus Zwickau:

»Wir warten mit der Anschaffung unseres Wohnzimmers noch bis zur baldigen Preissenkung, dann bekommen wir vieles billiger.«

Über den Mangel an Kartoffeln wird in den Bezirken Suhl und Halle negativ diskutiert.

Im Bezirk Neubrandenburg diskutieren Teile der Bevölkerung über die unterschiedlichen Preise bei Kartoffeln (im Konsum 4,50, bei der VEAB 3,75).

Im Bezirk Schwerin besteht in einigen Kreisen ein Mangel in Industriewaren.

## **Feindtätigkeit**

### **a) organisiert**

Im Bezirk Frankfurt wurden 1 540 Hetzschriften der NTS<sup>6</sup> gefunden.

Verstärkt tritt in Erscheinung, dass Hetzschriften mit der Post (wie z. B. in Cottbus 65, in Weißenfels 18 Briefe) vom Gegner versandt werden. Diese Briefe mit Hetzschriften werden zum überwiegenden Teil in den Bezirken, wo die Empfänger wohnhaft sind, zur Post gegeben. An der Autobahn Kreis Calau/Cottbus wurde ein Paket mit 5 000 Hetzschriften gefunden. Es wird vermutet, dass von solchen Absetzpunkten die Hetzschriften, wie erwähnt, verbreitet werden.

In der MTS Schlöben/Gera wurde der Betriebsstoff von vier Traktoren mit Wasser vermischt. In Wünschendorf/Gera waren am 13.10.1953 sämtliche Gebäude der VP-Dienststellen, HO-Gaststätten, Konsumläden und Gemeindeamt mit einem »F« beschmiert.<sup>7</sup>

In Rothenburg/Dresden wurden vom 12. zum 13.10.1953 die Milchbänke der Bauern und die Anschlagtafeln der Nationalen Front zertrümmert.

## **b) vermutliche**

In den Gemeinden Bertsdorf und Mittelherwigsdorf/Dresden brannten in der Nacht vom 12. zum 13.10.1953, vermutlich durch Brandstiftung, zwei Scheunen mit Erntevorräten nieder.

## **Einschätzung der Situation**

Im Wesentlichen haben die Feiern zum Tag der Aktivisten einen guten Verlauf genommen. Außer Tendenzen der Gleichmacherei in einer Reihe Betriebe war verschiedentlich Verärgerung der Arbeiter über abgelehnte Aktivistenvorschläge festzustellen, meist in den Fällen, wo man vonseiten der BGL nicht mit den Belegschaften darüber gesprochen hat. Besonders große Erfolge in der Steigerung der Arbeitsproduktivität wurden beim Wettbewerb in den Wismut-Betrieben erzielt. Dagegen sind in einer Reihe anderer Betriebe weiterhin durch Materialmangel Produktionsverminderungen zu verzeichnen.

Die Unzufriedenheit über Stromabschaltungen, besonders in den landwirtschaftlichen Kreisen, hält weiter an. Viel diskutiert wird immer noch über zu hohe Preise und eine erwartete HO-Preissenkung. Trotz Verbesserungen in der Stimmung der Werktätigen in einzelnen Fällen, besteht [sic!] die abwartende Haltung zum neuen Kurs und die Zurückhaltung in politischen Fragen weiter.

## **Anlage vom 15.10.1953 zum Informationsdienst Nr. 1094**

### **Stellungnahmen westdeutscher Personen zum neuen Kurs der Regierung der DDR und zum Ergebnis der Moskauer Verhandlungen der Regierungsdelegation der DDR**

Im Allgemeinen betrachten die Arbeiter in Westdeutschland den neuen Kurs der Regierung der DDR in Verbindung mit der Deutschlandnote der Sowjetunion als das größte Entgegenkommen und die Bereitschaft, schnellstens mit Deutschland Frieden zu schließen, und Adenauer den Wind aus dem aggressiven »Ostlandkurs« zu nehmen. Ein Teil der westdeutschen Bevölkerung steht dem neuen Kurs noch skeptisch gegenüber. Sie wollen erst Taten sehen, ehe sie sich dafür oder dagegen entscheiden. Vielfach taucht die Frage auf, weshalb man den neuen Kurs nicht schon früher beschritten hat. Durch falsche Berichterstattung von Interzonenreisenden aus der DDR über die Verhältnisse in der DDR wird der kleinen Gruppe von Feinden des neuen Kurses die Wühlarbeit gegen uns begünstigt. Über den Inhalt und das Ergebnis der Moskauer Verhandlungen<sup>8</sup> wissen die Arbeiter meist nur das, was die westdeutsche Presse und der Rundfunk brachten. Einzelne Kollegen jedoch haben die Verhandlungen sehr interessiert verfolgt. Die Mehrzahl der Menschen, denen der Inhalt und das Ergebnis der Verhandlungen erklärt wurde, sehen darin eine Maßnahme der Hilfe und Freundschaft für das deutsche Volk. Es sind nur wenig Menschen, die negativ darüber sprechen oder die große Bedeutung verleugnen. Zu den Fragen des neuen Kurses der Regierung der DDR einige Stimmen:

Ein Kollege aus Jerze, Kreis Gandersheim, sagte: »Ich begrüße den neuen Kurs und dass die Menschen jetzt mehr Lebensmittel und Konsumgüter bekommen. Besonders freue ich mich aber, dass meine Angehörigen einmal nach hier kommen können.«

Ein Kollege aus Bönningen sagte: »Meine Mutter ist jetzt von drüben dagewesen. Sie sagte: »Das stimmt nicht, was man hier alles über die DDR schreibt. Vieles ist in der DDR billiger als hier.««

Viele sehen den neuen Kurs jedoch nur als eine taktische Maßnahme an, sie glauben nicht so recht an die volle Durchführung. Einzelne Kollegen berichten, dass sie von DDR-Bewohnern erfuhren, der neue Kurs sei nur ein Bluff. Immer wieder taucht die Frage auf, warum man den neuen Kurs nicht schon früher eingeleitet hat.

Es besteht vielfach die falsche Ansicht, dass erst der 17. Juni der Anlass für die neuen Maßnahmen in der DDR gewesen sei. So vertritt ein Kollege aus Mahlum die Ansicht, dass der neue Kurs schon früher hätte verwirklicht werden müssen, dann wäre der 17. Juni nicht zustande gekommen. Ein parteiloser Kollege aus Hamburg-Altona meinte: »Warum ist eure Regierung nicht schon eher diesen Schritt gegangen? Dann hätten wir am 17. Juni anders mit den Menschen gesprochen. Dieser Tag wäre dann nicht so zur Wirkung gekommen und hätte einen positiven Einfluss auf die Wahlen gehabt.«

Es gibt aber auch noch viele Menschen in Westdeutschland, die an der Verwirklichung des neuen Kurses in der DDR zweifeln. Ein Kollege aus Bielefeld, Mitglied der SPD, erklärte: »Meine eigenen Verwandten, die in der DDR einen Bauernhof hatten, sind nach hier geflüchtet. Sie können sich schlecht entschließen, zurückzugehen. Also muss doch etwas bei euch nicht stimmen.« Ein anderer Kollege aus Mielenhausen sagte, dass<sup>9</sup> trotz des neuen Kurses noch nichts zu bemerken sei. Verschiedene Leute aus seinem Dorf wären von drüben (DDR) vorzeitig abgereist, weil es »so schlecht« gewesen sei.

Zum Ergebnis der Moskauer Verhandlungen der Regierungsdelegation der DDR einige Stimmen:

Ein parteiloser Kollege aus Remscheid-Neuenhof<sup>10</sup> äußerte: »Wenn die Menschen in Westdeutschland sehen, dass durch die großen Warenlieferungen es der Bevölkerung in der DDR besser geht, werden sie sich auch stärker für die Wiedervereinigung einsetzen.« In Hagen-Haspe waren die Moskauer Verhandlungen nur bei den KPD-Genossen bekannt, sie wurden aber zu wenig diskutiert. Im Vordergrund stand die Betriebsräte- und Bundestagswahl. Ein Kollege sagte zu den Verhandlungen: »Das ist ja alles gut und schön, aber was haben wir in Westdeutschland davon, wenn es denen da drüben besser geht?«

Ein Kollege aus Hedemünden zog die richtige Schlussfolgerung und erklärte: »Alle Besatzungsmächte müssen raus, und man muss es für ganz Deutschland so machen.«

In negativen Stimmen zu dem Verhandlungsergebnis kommt zum Ausdruck, z. B. von zwei Kollegen aus München, dass die Moskauer Verhandlungen eine Beeinflussung der Wahlen wären. Sie meinten, Westdeutschland zahle schon lange keine Reparationen mehr. Ein Kollege aus Nürnberg, Mitglied der SPD, erklärte: »Das hätte schon längst geschehen können. Der Amerikaner hat früher geholfen als der ›Russe‹.«

1

An diesem Tag wurde der »Tag der Aktivisten« begangen, weil Adolf Hennecke am 13.10.1948 im Karl-Liebknecht-Schacht des Lugau-Oelsnitzer Steinkohlenreviers die geltende Arbeitsnorm um 387 % übererfüllt hatte, was von der SED-Propaganda zur Initialzündung für die Aktivistenbewegung gemacht worden war.

2

Gerhart Ziller, Jg. 1912, SED-Politiker, seit Februar 1953 Minister für Schwermaschinenbau und seit Juli 1953 ZK-Mitglied und ZK-Sekretär für Wirtschaftspolitik.

3

Wilhelm Pieck war am 7.10.1953 auf einer gemeinsamen Sitzung der Volkskammer und der Länderkammer zum Präsidenten der DDR einstimmig wiedergewählt worden.

4

Lothar Bolz, Jg. 1903, promovierter Jurist, 1929 KPD-Mitglied, 1934–47 Exil in der Sowjetunion, führender Vertreter des Nationalkomitees Freies Deutschland, 1948 Mitbegründer und seitdem Vorsitzender der NDPD, 1949–53 Minister für Aufbau, seit 1.10.1953 Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR.

5

Das Telegramm war tatsächlich »An den Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Genossen Lothar Bolz, Berlin«, gerichtet. In: ND, Berliner Ausgabe, v. 7.10.1953, S. 2. Allerdings wurde das russische Äquivalent »Towarischtsch« in der Sowjetunion als allgemeine Anrede, auch bei Nichtmitgliedern der Kommunistischen Partei, verwendet.

6

Narodno-Trudowoj Sojus (NTS), deutsch: Volksarbeitsbund. Es handelte sich um eine seit 1930 bestehende russische Emigrantenorganisation, deren »geschlossener Sektor« streng konspirativ organisiert gegen die Sowjetunion arbeitete. Dabei ging es vor allem um die Verbreitung von antikommunistischem Propagandamaterial. Zur Zielgruppe dieser Aktivitäten gehörten in der SBZ/DDR vor allem die Angehörigen der sowjetischen Truppen. Ab Ende der Vierzigerjahre wurde der NTS insbesondere von US-amerikanischen Geheimdienststellen unterstützt und angeleitet, von den sowjetischen Sicherheitsorganen und unter deren Federführung auch vom MfS wurde er vehement bekämpft. Vgl. Stöver, Bernd: Die Befreiung vom Kommunismus: Amerikanische »Liberation Policy« im Kalten Krieg 1947–1991. Köln u. a. 2002, S. 318–331.

7

»F« steht hier für Freiheit. Dies ist vermutlich eine Wiederbelebung der 1949 von der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit initiierten »F-Kampagne«, bei der der Buchstabe »F« in der SBZ/DDR verbreitet an Häuserwände gemalt wurde. Vgl. Merz, Uwe: Kalter Krieg als antikommunistischer Widerstand. Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit 1948–1959. München 1987, S. 68–71.

8

Vom 20. bis 22.8.1953 weilte eine große DDR-Regierungsdelegation in Moskau zu »Verhandlungen« mit der sowjetischen Regierung. Die Ergebnisse wurden im Sowjetisch-deutschen Kommuniqué vom 23.8.1953 bekannt gegeben. In: Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion. Hg. v. Deutschen Institut für Zeitgeschichte, Bd. 1, Berlin (Ost) 1957, S. 345–350. Dabei ging es um den Vorschlag zur Einberufung einer Friedenskonferenz unter Beteiligung der »Vertreter Deutschlands«, die zur Bildung einer Provisorischen Gesamtdeutschen Regierung führen sollte, deren Hauptaufgabe es sei, »freie gesamtdeutsche Wahlen vorzubereiten und durchzuführen«, außerdem um den Erlass der Reparationsverpflichtungen, die Überführung der SAG-Betriebe in das Eigentum der DDR, Senkung der Zahlungsverpflichtungen für den Unterhalt der sowjetischen Truppen in der DDR und einen Schuldenerlass. Darüber hinaus wurden zusätzliche Warenlieferungen für das laufende Jahr im Werte von etwa 590 Mio. Rubel, ein Kredit über 485 Mio. Rubel und die Entlassung deutscher Kriegsgefangener angekündigt.

9

Nachfolgendes funktionsloses »er« nicht wiedergegeben.

10

Im Original »Neuhof«.

© Copyright by BStU. Alle Rechte vorbehalten.